

Im Kampf gegen die Vogelgrippe

Die Vogelgrippe hat in Indonesien bislang sieben Menschen das Leben gekostet, und es besteht die Gefahr, dass sie noch viele weitere Opfer fordern wird. Demzufolge wird die Regierung nun Truppen und Freiwillige für Überprüfungen einsetzen, um infiziertes Geflügel zu finden. Die Suche wird sich auf den Großraum Jakarta konzentrieren, so Präsident Susilo Bambang Yudhoyono am 14. November 2005. Die meisten Todesfälle hatten sich im Großraum Jakarta ereignet. »Wir müssen das Problem schnell angehen. Es soll eine Suche durch Freiwillige, Studenten und militärisches Personal geben, die von Tür zu Tür gehen, um sicher zu stellen, dass die Regionen nicht von der Vogelgrippe betroffen sind«, sagte er. Um eine Verletzung des Autonomierechts zu vermeiden, werde die technische Umsetzung des Planes mit den jeweiligen lokalen Verwaltungen abgesprochen, erklärte der Präsident. Er warnte jedoch davor, das Problem zu unter-

schätzen. Es sei von äußerster Wichtigkeit, eine intensive Kampagne zu starten, um die Öffentlichkeit auf die Bedrohung durch das Virus aufmerksam zu machen.

Seit 2003 hat die Vogelgrippe in Asien 64 Menschenleben gekostet. Es wird bestätigt, dass sich in Indonesien in den letzten zehn Monaten neun Menschen mit dem Virus infiziert haben und sieben von ihnen an der Krankheit gestorben sind. Yudhoyono wies den Vorwurf zurück, seine Regierung habe nicht schnell genug auf die Bedrohung durch das Virus reagiert. Er sagte, die internationale Gemeinschaft habe Indonesiens Bemühungen, das Problem zu lösen, positiv aufgefasst, zumal nur begrenzte finanzielle Ressourcen zur Verfügung stünden. Gemäß eines Berichts der Food and Agriculture Organization (FAO) halten 30 Millionen Haushalte in Indonesien rund 200 Millionen Hühner. Dies erhöht das Risiko einer tödlichen Pandemie. Unterdessen sagte Gesundheitsminister Siti Fadilah

Supari, die Regierung plane zusätzlich, 40 Millionen Kinder ab fünf Jahren gegen Grippeviren zu impfen, um das Risiko der Infizierung zu reduzieren. Zudem solle die Menge an Grippemedikamenten von 750.000 auf 20 Millionen aufgestockt werden.

Mehrere Länder haben ihre Bereitschaft erklärt, Indonesien beim Kampf gegen die Vogelgrippe zu unterstützen. Deutschland hat einen Betrag von fünf Millionen Euro zugesagt, die US-Regierung hat als Soforthilfe 3,1 Millionen US-Dollar bereitgestellt. Australien, Japan und Großbritannien wollen sich ebenfalls beteiligen. Diese Hilfe, so Landwirtschaftsminister Apriyantono, diene dazu, die Überwachungskapazitäten zu verstärken, mehr Geld in die Ausstattung der Labors, Forschung und Medikamente zu investieren.

vgl. *The Jakarta Post*, 15.11.05,
Tempointeraktif.com, 10.11.05

Dritte Phase im Aceh-Friedensvertrag

Derzeit läuft die dritte Phase des Friedensvertrages in Aceh an, der vorsieht, dass die Bewegung Freies Aceh (GAM) ihre Waffen zurückgibt. Anschließend sollen sich die nicht regulären indonesischen Militärs und Polizeitruppen zurückziehen. In dem Abkommen (MOU) von Helsinki wurden diese Punkte gemeinsam vereinbart (siehe auch südostasien 3/2005). Das MOU trifft darüber hinaus eine Aussage über die Beziehung zwischen der Zentralregierung und der Administration in Aceh. In diesem Sinne hat sie quasi-konstitutionellen Charakter. Das MOU vereint die drei Phasen der vorangegangenen Verhandlungen in einem Paket. Der Beendigung der Feindseligkeiten, die unter anderem dadurch dokumentiert wurden, dass die GAM in den ersten vier Monaten ihre Waffen niederlegte, schloss sich die Reintegration der GAM-

Mitglieder in die Gesellschaft an. Es gibt jedoch keine Einrichtung, die den Dialog zwischen den Einwohnern Acehs im Hinblick auf künftige administrative und politische Arrangements ermöglicht. Vielmehr werden die zentrale und die regionale Regierung zusammen mit der GAM und den acehnesischen Intellektuellen, das Verwaltungsgesetz Acehs, wie es derzeit genannt wird, formulieren, so wie es jetzt auch schon der Fall ist. Gemäß des MOU soll das Gesetz im April 2006 in Kraft treten. Dies ist der Zeitpunkt, zu dem die nächste Runde der Regionalwahlen in Aceh stattfinden wird. GAM-Mitglieder, denen von der indonesischen Regierung Amnestie gewährt wurde, werden teilnehmen können, und es ist möglich, dass sie als »Vorsitzende der Aceh Administration« gewählt werden. Künftig werden Maßnahmen, die von der indonesischen

Regierung im Hinblick auf Aceh ergriffen werden, mit der Zustimmung dieses Vorsitzenden implementiert. Würde die GAM diesen Sitz des Vorsitzenden ergattern, hätte sie Vetorecht über Entscheidungen der Regierung.

Die GAM wird im Jahre 2009 eine legitime Möglichkeit haben, das Regionalparlament zu erobern, da die Legislative ohne Zustimmung des Vorsitzenden der acehnesischen Administration keine Gesetze erlassen darf. Die GAM wird sich bis zum Jahre 2009 voraussichtlich nicht mehr in Form kriegerischer Auseinandersetzung, sondern auf der politischen Ebene in das Geschehen in Indonesien einbringen.

vgl. *The Jakarta Post*, 15.11.05

nachrichten

Terrorist Azahari tot

Azahari, der meistgesuchte Terrorist in Südostasien, wurde am 9. November 2005 durch eine selbstgebaute Bombe bei einer Polizeibelagerung nahe Malang, Ost Java, getötet. Eine Anti-Terrorereinheit des Polizeihauptquartiers und weitere Polizeikräfte hatten in der Stadt Batu ein Haus umstellt, in dem man Azahari vermutete. Eine Stunde später war es zu einem Schusswechsel zwischen der Polizei und den Insassen des Hauses gekommen, bei dem zwei Menschen im Haus getötet und ein Polizeibeamter verletzt wurden. Gemäß des Polizeichefs General Sutanto haben die Terroristen während der bewaffneten Auseinandersetzung elf Bomben aus dem Haus geworfen. Eine Bombe war im Haus explodiert, von der man annimmt, dass sie Azahari getötet hat. Die Bombe hatte zudem das Haus zerstört, insbesondere die Wände und das Dach. »Das Haus wurde zerstört. Es wird niemand mehr darin leben können«, so Joko Susilo, ein Parlamentsmitglied, der Zeuge der Attacke war. Die Polizei wusste vom Aufenthaltsort Azaharis in Batu durch die Aussage eines Mittäters der zweiten Anschläge auf Bali, der zwei Tage vor dem Vorfall in Semarang festgenommen wurde. Azahari hatte das Haus in Batu vor zwei Monaten gemietet. Gemäß des nationalen Polizeichefs gibt es Verbindungen zwischen dem ersten Bombenanschlag und dem zweiten Attentat auf Bali sowie anderen Anschlägen in Indonesien.

vgl. *Tempointeraktif.com*, 10.11.05

nachrichten

Bekämpfung der Kriminalität

Widodo AS, koordinierender Minister für politische, juristische und Sicherheitsfragen, hat erklärt, die Regierung müsse spezielle Maßnahmen in Erwägung ziehen, um die Kriminalität in Poso, Zentralsulawesi, einzudämmen. »Diese müssen erwogen und formuliert werden«, sagte er am 9. November 2005 in Jakarta. Bezugnehmend auf die Schießerei in Poso am 9. November 2005 erklärte Widodo, das Sicherheitspersonal benötige Unterstützung von verschiedenen Bereichen, inklusive der Nicht-Regierungsorganisationen, um die Fälle zu klären. Am 9. November 2005 waren zwei Studenten von bisher nicht identifizierten Personen erschossen worden. Einige Tage zuvor waren drei Studenten ermordet und anschließend enthauptet worden. Die Polizei und die ?(TNI) haben verschiedene Tatverdächtige festgenommen. Widodo äußerte die Vermutung, diese Aktionen würden ausgeführt, um einen neuen Konflikt in Poso anzuzünden. Bisher, so Widodo, sei ihnen dies jedoch noch nicht gelungen. »Die allgemeine Öffentlichkeit ist sich des negativen Einflusses dieses Konfliktes bewusst«, erklärte er. Die Anzahl an Sicherheitskräften in Poso wird demzufolge noch als angemessen eingestuft. Jedoch räumte Widodo ein, die kriminellen Aktivitäten würden weiter anhalten. Die Art der Maßnahmen wurde aber bisher noch nicht näher spezifiziert.

vgl. *Tempointeraktif.com*, 10.11.05

Überbevölkerung in Jakarta

Gouverneur Sutiyoso plant, härter gegen Migranten vorzugehen, die sich nach den Idul Fitri Ferien in Jakarta niedergelassen haben. Sutiyosos Regierung hat Migranten als Ursache vieler städtischer Probleme genannt. Demgegenüber glauben andere, das geplante scharfe Vorgehen sei verfassungswidrig. Denn gemäß der Verfassung habe jeder Bürger das Recht, menschenwürdig zu arbeiten und zu leben, und die Ressourcen des Landes seien die Grundlage der Prosperität des Volkes. Sutiyoso hat wiederholt betont, dass die zunehmende Anzahl an Migranten verhinderte, dass seine Regierung die vielen Probleme der Hauptstadt lösen könne. »Wir können das Leben der Stadtbewohner nicht verbessern, solange die Menschen weiterhin nach Jakarta strömen ... Wir müssen diese Leute darüber informieren, dass Jakarta bereits überbevölkert ist«, sagte er.

Mit einer derzeitigen Bevölkerung zwischen 10 und 13 Millionen schätzen einige Analysten, dass Jakarta jährlich um bis zu 250.000 Menschen anwachsen werde. Viele der Migranten kommen nach den Idul Fitri Ferien in die Stadt, die gemäß der Statistiken von 2004 eine Bevölke-

rungsdichte von 14.642 Menschen pro Quadratkilometer hat. Demzufolge sind öffentliche Zonen wie Parks, Flussbänke und Räume unter Brücken zu Slum-Behausungen geworden, während immer mehr Migranten auf Bürgersteigen und Brücken ihre Waren anbieten. Der Traum der Menschen, mehr Geld zu verdienen und ein besseres Leben zu führen, treibt immer mehr Menschen nach Jakarta. Dies stellt ein großes Problem für die Funktionsfähigkeit der städtischen Infrastruktur dar, angefangen vom Transportsektor über Schulen, Krankenhäuser und Wasserversorgung. Der Müll der Slums an den Flussufern und der schwarze Schlamm der 13 verschmutzten Flüsse in Jakarta tötet tausende von Fischen in der Bucht von Jakarta. Und rund 60 Prozent der Einwohner hängen von der Grundwasserversorgung ab, die zum Baden gedacht ist. Denn es fehlt die Infrastruktur, um aufbereitetes Wasser bereitzustellen.

Dennoch sind urbane Aktivisten der Auffassung, dass die Migranten nicht die Hauptursache der Probleme in der Stadt seien. Sie verurteilen die massive unkontrollierte Entwicklung in der Stadt, inklusive des

Wachstums unzureichend geplanter Einkaufszentren und kommerzieller Gebäude. Diese, so die Aktivisten, seien für die Zurückdrängung von Grünanlagen, Grundwasserverschmutzung und die Verdrängung der Armen verantwortlich. In der Stadt wurden im Jahre 2004 insgesamt zwölf neue Einkaufszentren errichtet, elf werden derzeit noch gebaut. Während man die Mittelklasse und Geschäftsleute hoffiere, so der Vorwurf, gäbe es so gut wie keine Projekte, die öffentliche Wohnungen für Menschen mit geringem Einkommen planten. Viele Menschen müssten demzufolge in geradezu menschenunwürdigen Wohnungen und im Müll leben. Gemäß der Organisation Fakta werden diese Planungsprobleme die Stadt in den nächsten Jahren weiter belasten, da die Administration von Unprofessionalität gekennzeichnet sei. »Die Verwaltung sollte bescheiden zugeben, dass sie die Probleme nicht ernsthaft oder nicht professionell genug angefasst hat und nun nach einem Sündenbock sucht.«, so Azas Tigor Nainggolan, der Vorsitzende von Fakta.

vgl. *The Jakarta Post*, 15.11.05

Illegale Waldrodung

Mindestens 50.000 Hektar der insgesamt 216.000 Hektar großen Waldfläche im Gunung Leuser Nationalpark auf der Insel Sumatra sind seit 1980 abgeholzt worden. Diese Tatsache entfacht die Angst vor einer ökologischen Katastrophe in der Region, sagte ein lokaler Regierungsbeamter am 11. November 2005. Syamasul Arifin, der Regent in Langkat, nannte die illegale Abholzung als Ursache für die rapide Entwaldung. Der Regent sagte in einer Pressekonferenz, das Forstministerium sei über die illegale Abholzung informiert worden, um weitere Maßnahmen treffen zu können. »Die Zentralregierung muss die Aktivitäten der illegalen Rodung schnell eindämmen, damit weiterer ökologischer Schaden vermieden werden kann«,

sagte Syamsul. Bürokraten auf höchster Ebene, Sicherheitspersonal und Geschäftsleute seien in die illegale Entwaldung involviert, so dass die Regierung größte Schwierigkeiten habe, sie in den Griff zu bekommen. Aber die Regierung müsse trotzdem einen Versuch starten, da der Wald andernfalls verschwinden würde, so Syamsul. John Purba, der Direktor des Umweltforums Walhi in Nord Sumatra, sagte, der ökologische Schaden zeichne sich schon seit langem ab, aber die Regierung habe nie konkrete Schritte unternommen, um die illegale Rodung zu stoppen. Die illegalen Holzfäller seien »unantastbar«, da sie von Regierungsbeamten und Sicherheitspersonal unterstützt würden, so Purba. »Die illegalen Holzfäller werden offensichtlich

von Sicherheitspersonal gedeckt, so dass sie die Baumstämme aus dem Dschungel heraustransportieren können«, erläuterte Purba. Falls man die illegale Entwaldung nicht schnell in den Griff bekäme, sei eine Häufung von natürlichen Katastrophen die Folge. Die Regierung, so Purba, solle aus der Bahorok Tragödie vor zwei Jahren lernen, die mehr als 150 Menschen das Leben kostete. Die Springflut in Bahorok war die Konsequenz der illegalen Rodung in den oberen Flussläufen, sagte er. Das Problem der illegalen Waldrodung betrifft nicht nur die Regentschaft in Langkat, sondern auch andere lokale Regierungen in ganz Indonesien.

vgl. *The Jakarta Post*, 15.11.05